



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891 - 23
Fernschreiber 0886890

P/XXIII/165 - 25. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Atempause im Kirchenkampf Waffenstillstand zwischen Kirche und Pankow	67
3 - 3a	Lohn der Neutralität Zum Abschluß der österreichisch-russischen Verhandlungen	61
4	Der Westex zwischen New York und Bagdad Eine Krise und ihre Konferenzen	43
5 - 6	Mehr Förderung für Flüchtlingsstudenten! Ein Übungsfeld für die Wiedervereinigung	71

* * * * *
* * *

Atempause im Kirchenkampf

sp - Im Kirchenkampf in der Sowjetzone ist eine Atempause eingetreten. Wenn man bedenkt, zu welchen dramatischen Zusammenstößen es noch unmittelbar vor der Berliner Gesamtsynode im April gekommen war, so erscheint die Erklärung Grotewohls über seine Verhandlungen mit Vertretern der mitteldeutschen Kirchen beinahe wie der Anbruch einer neuen Ära. Beide Seiten haben Wasser in den Wein getan.

Man hat in aller Stille wochenlang zäh auf verschiedenen Ebenen verhandelt, und man hat sich auf einen Kompromiss geeinigt, der vielleicht bei manchen Kirchenvertretern in Westdeutschland, sicher aber auch bei den Scherfmachern in der SED auf Bedenken stossen wird. Aber die Frage, ob die Kirchen der Sowjetzone den Machthabern zu weit entgegengekommen seien oder nicht, tritt völlig in den Hintergrund vor der bedeutsamen Tatsache, dass Grotewohl den Bürgern Mitteleuropas nachdrücklich volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zugestanden und die ungestörte Religionsausübung unter den Schutz der Republik gestellt hat.

Wer immer jetzt wegen seines Glaubens jenseits der Elbe in Bedrängnis gerät, kann sich auf diesen unmissverständlichen Satz berufen. Sollten sich dennoch wieder Akte staatlicher Willkür gegenüber der Kirche ereignen, so würde sich die Pankower Regierung noch deutlicher als bisher in die Rolle des Wortbrüchigen und Verfassungsbrechers begeben, eine Rolle, die sie ja um jeden Preis meiden möchte.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was dieser Kurswechsel der Ostberliner Regierung bewirkt haben mag, ob es nun der letzte Besuch Chruschtschows war, der ja auch dieses Problem vortragen wurde, oder ob vielleicht die Erkenntnis mitspielte, dass der Kirchenkampf mehr Prestigeeinbußen als politische Gewinne eingebracht hat. Bedeutsam für die Zukunft bleibt die Frage, welchen Weg die evangelische Kirche einschlagen soll, um dem Regime so wenig wie möglich politische Vorwände zum Eingreifen zu geben und gleichzeitig

ihre Eigenständigkeit zu bewahren.

Der Militärseelsorgevertrag, den sie vor einem Jahr mit der Bundesregierung schloss, hat sich als ein schwerer Fehler erwiesen. Die Kirche war damals gewarnt. Es war ihr empfohlen worden, solche Abmachungen den einzelnen Landeskirchen Westdeutschlands zu überlassen, wenn auch dieser Weg für die Bundesregierung nicht ohne Dornen gewesen wäre. Auch die Tatsache, dass die Pankower Regierung ihre Kampagne gegen diesen Vertrag und gegen die "NATO-Politik" der gesamtdeutschen Kirchenleitung erheblich zurückgeschraubt hat, ändert nichts an diesem Missgriff. Wenn sich die Ostberliner Machthaber heute damit zufrieden geben, dass sich die mitteldeutschen Kirchen an die Bonner Abmachungen über die Militärseelsorge nicht gebunden fühlen - niemand hat bisher etwas anderes behauptet -, dann bedeutet das noch nicht, dass die Auseinandersetzung bei einem ähnlichen Anlass nicht wieder in aller Schärfe losbrechen kann. Jetzt hat die Kirche nur erklären müssen, dass sie den "Weg zum Sozialismus" in der Zone respektieren will. Eines Tages könnte sie gezwungen sein, den kommunistischen Aufbau im Prinzip gutzuheißen und zu fördern.

Es bleibt abzuwarten, welche Wirkungen dieser Waffenstillstand zwischen Kirche und Staat in Mitteldeutschland haben wird. An der Auseinandersetzung über Konfirmation und Jugendweihe wird man schon bald ablesen können, ob die SED künftig darauf verzichten will, Lehrer, Eltern und Kinder wegen dieser Frage unter Gewissensdruck zu setzen. Man wird sehen, ob es Bischof Dibelius gestattet sein wird, wieder zu seinen Gläubigen in die Zone zu reisen, und ob die Versuche aufgegeben werden, den Eisernen Vorhang auch durch die Evangelische Kirche zu ziehen.

Die Kirche ist heute die letzte wirklich gesamtdeutsche Institution, der dadurch eine weit über den geistlichen Rahmen hinausgehende Aufgabe zufällt. Sie sollte sich um jeden Preis - ausser dem der Selbstaufgabe - verpflichtet fühlen, weiter die einzige intakte Brücke zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu sein. Wenn der nächste gesamtdeutsche Kirchentag, der im letzten Jahre abgesagt werden musste, diesmal in Erfurt stattfindet, dann kann man vielleicht die Hoffnung schöpfen, dass aus der Atempause ein erträglicher Dauerzustand wird.

Lohn der Neutralität

ler. Fern vom hektischen diplomatischen Getriebe dieser erregenden Tage kamen Verhandlungen zum Abschluss, die für unser südliches Nachbarland, die Alpenrepublik Österreich, erfreuliche Kunde brachten: Die österreichischen Staatsmänner sahen in Moskau zwar nicht alle ihre Wünsche erfüllt, aber sie kehren immerhin mit gutem Gepäck wieder nach Wien zurück: Eine beträchtliche Erleichterung von Reparationslasten, Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen, Rückkehr von Österreichern, die sich noch in der Sowjetunion befinden, eine erneute russische Zusicherung, dass es die von Österreich für alle Zeiten freiwillig übernommene Verpflichtung zur Neutralität zu respektieren gedenke und die Einladung des sowjet-russischen Staatspräsidenten Woroschilow an den österreichischen Bundespräsidenten Dr. Schärff, ihn in der Sowjetunion zu besuchen.

Knapp drei Jahre sind seit dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages vergangen, der für unseren südlichen Nachbarn den Abzug aller Besatzungstruppen und die Wiedererlangung seiner Souveränität brachte - allerdings für Wien mit der Auflage versehen, keinem der bestehenden Militärblöcke beizutreten, die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zuzulassen und verbunden damit die Verpflichtung, diese Neutralität mit allem ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Diese Neutralität beschränkt die freie Meinungsäußerung und die Grund- und Freiheitsrechte in keinerlei Weise. Die militärische Neutralität Österreichs entfällt auch keinerlei Verpflichtungen und Bindungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet oder gar ein Bekenntnis zur ideologischen Neutralität. Österreich gehört seiner ganzen Geschichte, seiner Tradition nach zur Lebensordnung der westlichen Welt. Von der Freiheit, zu sagen was es denkt und wo es steht, wenn Grundrechte der Menschen bedroht sind oder Willkür und Gewalt Völker unterjochen, hat es in unmissverständlicher Weise in den düsteren Tagen des Ungarnaufstandes und seiner blutigen Unterdrückung durch sowjet-russische Armeen Gebrauch gemacht. Beide grossen Parteien dieses Landes, die Sozialisten und die Volkspartei, seit 1945 in enger Koalition verbunden, verurteilten

25. Juli 1958

die Scheusslichkeiten des Kadar-Regimes und die sowjetrussische Intervention, die dieses Regime erst am Leben erhält.

Diese klare Haltung hat Österreich bei der Sowjetunion nicht geschadet, sondern eher noch sein moralisches Prestige gehoben. Die Gespräche der österreichischen Regierungsdelegation, in der, wie es nunmehr schon Tradition ist, beide grossen Parteien gleich stark vertreten waren, fanden in einem geradezu herzlichen Klima statt und Chruschtschow liess es sich sehr angelegen sein, den Staatsmännern von der Donau-Metropole sein Wohlwollen zu bekunden. Chruschtschow vermied es auch, Wünsche oder Forderungen vorzubringen, die die Österreicher in Verlegenheit gebracht hätten. Möglicherweise wollte er auch mit seinem Entgegenkommen an Österreich sagen, dass er doch nicht der wilde Mann ist, als der er gilt. Vielleicht wollte er damit auch vor aller Welt und vor der Gipfelkonferenz seine Friedensgesinnung und Verhandlungsbereitschaft kundtun, aber auch unterstreichen, welche Bedeutung die Sowjetunion den neutralen Staaten zumisst.

Nur um den Preis der Nichtzugehörigkeit zu bestehenden Militärblöcken gewann die Alpenrepublik ihre Souveränität zurück. Sie ist dabei gut gefahren, sie gehört heute der UNO als Mitglied an und ihr Wort hat auch in Fragen der internationalen Politik moralisches Gewicht. Die Herausstellung des Wertes, den die Sowjetunion auf die dauernde militärische Neutralität Österreichs bei diesen für Wien so zufriedenstellenden Verhandlungen legte, ist vielleicht ein Fingerzeig, welche Möglichkeiten die sowjetrussische Europapolitik offen hält. Kein westlicher auf Entspannung bedachter Politiker sollte leichtfertig über diesen Tatbestand hinweggehen.

+ + +

Neu erwachtes Jingoismus:

"... Der Okzident kann den Orient nicht länger als sein Lehngebiet festhalten. Die Lektion, die Ungarn Asien gelehrt haben sollte, die Lehre von sowjetischer Kolonialherrschaft, ist nutzlos geworden. Das ist die Tragödie Asiens und die Verbrechen des Westens ... Ein Asiate oder Araber, der etwas auf sich hält, hat nur die Möglichkeit, dem neu erwachten Jingoismus Widerstand zu leisten."

Times of India

+ + +

Der Westen zwischen New York und Bagdad

H.E.D. - Die sowjetische Bereitschaft, an der vom britischen Premier angeregten Zusammenkunft der Regierungschefs aus West und Ost teilzunehmen, hat zwar London zu einigen freundlichen Worten an die Adresse Nikita Chruschtschows bewegt, in New York und Paris aber mehr als kühle Reserve hervorgerufen. Präsident Eisenhower und seine außenpolitischen Berater sind verärgert über die Art und Weise, wie die britische Regierung im Zusammenwirken mit der Labour-Opposition versuchte, aus dem Dilemma im Nahen Osten herauszukommen. Wie der angesehene Kommentator Walther Lippmann es ausdrückte, haben die USA Angst vor einer solchen Zusammenkunft, auch wenn sie nicht in der Form der von Moskau gewünschten Nahost-Gipfelkonferenz, sondern im Rahmen des Weltsicherheitsrates in New York abgehalten werden soll. Nach Ansicht Lippmanns ist diese Angst durch das Fehlen einer amerikanischen Konzeption zur Beilegung der Krise hervorgerufen.

In diesem Augenblick rächt sich zum Schaden der gesamten westlichen Politik jener Zickzack-Kurs John Foster Dulles, dem es wahrscheinlich aus Gründen mangelnder Einsicht in die recht komplexe Struktur und Entwicklung des arabischen Nationalismus nicht gelang, eine vernünftige Grundlage der Zusammenarbeit mit den neuen Kräften im Nahen Osten zu legen. Die USA und Großbritannien stehen gleichermaßen an den Trümmern ihrer Faktopolitik, wobei Washington eher zögernd als entschlossen bereit zu sein scheint, den Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. In London hingegen verspürte man mit erschreckender Deutlichkeit, wohin die gesamte Entwicklung im Vorderen Orient gehen könnte, würde man nicht eine neue Politik anstreben. Der britische Entschluß zu einer solchen Wandlung kommt nicht von ungefähr, ja er bestand vor knapp einer Woche noch nicht. Das Zusammentreffen des Scheichs von Kuwait mit Staatschef Nasser hat den Ausschlag gegeben.

Weit mehr als von Irak hängt die Energieversorgung Großbritanniens von dem Erdöl in Kuwait ab. Der Versuch des Scheichs, der mit dem gestürzten Königshaus der Haschemiten in Bagdad schon immer in unverhüllter Feindschaft lebte, sich mit dem arabischen Nationalismus in Form der Vereinigten Arabischen Republik zu arrangieren, verschaffte London plötzlich eine blitzschnelle Erkenntnis der Gefahrenzone, in der sich Großbritannien befand. Dieser Erkenntnis folgte der Umschlag in die praktische Politik, der in der Empfehlung Macmillans an seine Regierungskollegen in Ost und West gipfelte. Am kommenden Montag werden die Restmitglieder des Bagdadpaktes in der britischen Hauptstadt zusammentreffen. Auch Foster Dulles wird anwesend sein. Schon jetzt gilt in diplomatischen Kreisen als feststehend, daß der britische Premier entschlossen ist das Fazit zu ziehen, und den Grabesang für den Bagdadpakt anzustimmen, selbst dann, wenn der amerikanische Präsident oder auch General de Gaulle zu einer Politik des versteiften Abwartens raten würden.

Mehr Förderung für Flüchtlingsstudenten!

G.B. Ein Drittel aller an den Universitäten der Bundesrepublik studierenden jungen Menschen sind Vertriebene oder Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Diese Zahl allein spricht für die Notwendigkeit einer besonderen Förderung und Hilfe für die Flüchtlingsstudenten. In finanzieller Hinsicht dürfte diese Hilfe - soweit sie die Studierenden an Hochschulen mit Universitätscharakter betrifft - ausreichend sein; sie umfasst Eingliederungshilfen, eine dreisemestrige Unterstützung und die nach dem Honnefer Modell allgemein gewährte Studienförderung. Anträge von Sowjetzonenflüchtlingsen auf diese Beihilfen werden fast durchweg berücksichtigt.

Schwieriger ist die Lage der Studenten an den pädagogischen und Ingenieurschulen, obgleich gerade diesen Zweigen besondere Bedeutung zukommt. Wenn sich schon allgemein die Studierenden dieser Hochschulen beklagen, dass der Bundeshaushalt das "Rhöndorfer Modell", das ihre Lage bessern soll, noch nicht berücksichtigt, so lässt sich ermessen, wie schwierig die Situation der Flüchtlingsstudenten sein muss, die über die gesetzlichen Hilfen hinaus keinen Anspruch auf besondere Unterstützung haben. Hier muss offenbar schleunigst etwas getan werden.

Aber mit der finanziellen Förderung allein ist es nicht getan. Aus den Berichten, die bei einer Arbeitstagung des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" in Heidelberg von 500 Fachleuten des Erziehungswesens gegeben wurden, geht hervor, dass das Problem des Hineinwachsens der aus Mitteldeutschland geflüchteten Abiturienten und Studenten materiell nicht zu lösen ist. Was diese jungen Menschen brauchen, ist menschlicher Zuspruch, der Rat von Lehrern und Kommilitonen, die Möglichkeit eines Gesprächs mit und an der Hochschule. Bei den Geflüchteten handelt es sich heute mehr als früher um enttäuschte Sozialisten, die die Einrichtungen in der Bundesrepublik sehr kritisch ansehen und nicht ohne weiteres bereit sind, die Weltanschauung zu vergessen, in der sie in der Zone erzogen wurden. Es wäre falsch, wenn sich hier ein Gruppenegoismus breit machte, der die Studenten für die eine oder andere Partei oder weltanschauliche Gruppierung anwerben wollte. Diese Menschen müssen für Gesamtdeutschland gewonnen und verantwortlich gemacht werden; es muss vor allem verhindert werden, dass sie, die von der kommunistischen Diktatur enttäuscht sind, nun auch an der Demokratie verzweifeln und damit praktisch aus der politischen Wirkungsmöglichkeit ausscheiden.

Wie kann diese menschliche Bindung gefunden werden, ohne die von einer echten Eingliederung nicht gesprochen werden kann? Das Kuratorium

sieht einen Weg einmal in der Bildung von Hochschul- und Jugendkuratorien, die sich der Betreuung der mitteldeutschen Studenten besonders annehmen. Zum zweiten sollten Studentenwohnheime, in denen Flüchtlinge mit westdeutschen und ausländischen Studenten zusammenleben, nach dem Muster des argersächsischen College, diese Bindung schaffen, bei der die Flüchtlingsstudenten ohne lehrhaft erhobenen Zeigefinger, vielmehr im zwanglosen Miteinanderleben und -sprechen an die Wirklichkeit demokratischer Gedanken und Freiheit herangeführt werden. Ein Wohnheim dieser Art ist an der Heidelberger Universität in Bau, es soll als Modell für weitere Heime in allen Universitätsstädten dienen. Ihre Errichtung ist eine finanzielle Frage, und es ist nur zu hoffen, dass sie nicht an der in der Bundesrepublik üblichen Unterbewertung kultureller Anliegen scheitert.

Eine grosse Schwierigkeit bilden nach wie vor die Förderkurse und Sonderreifeprüfungen für mitteldeutsche Abiturienten und Studierende bis zum zweiten Semester. Die Heidelberger Konferenz war sich darüber klar, dass bei der Unterschiedlichkeit des Bildungs- und Erziehungsweges im gespaltenen Deutschland auf diese Vorbereitung zum Studium nicht verzichtet werden darf. Aber offenbar war es bisher noch nicht möglich, die für diese menschlich und pädagogisch schwierige Aufgabe immer die richtigen Erzieher zu finden. Es geht nicht allein um Niveausteigerung und abschliessende Prüfung, sondern vorsichtig und behutsam müssen die jungen Menschen an die wissenschaftliche Arbeit herangeführt werden. Hier ist die Erfahrung geflüchteter Lehrer besonders wertvoll, und nur die besten Pädagogen sollten für diese Aufgabe freigestellt werden. Die Abschlussprüfung darf sich nicht im abfragbaren Wissen erschöpfen, sie sollte vielmehr ein Colloquium darstellen, das die Reife, den Leistungswillen und kritisches Urteilsvermögen feststellt. Hier ist noch vieles zu bemängeln, wofür die Zahl der in die Zone zurückkehrenden Abiturienten eine Warnung sein sollte.

Die Integration der jungen Flüchtlinge ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Unser Verhalten ihnen gegenüber ist ein "Übungsfeld für die Wiedervereinigung", wie es einer der Tagungsteilnehmer in Heidelberg formulierte. An ihm ist unsere Solidarität zu den Menschen in der Zone abzumessen, aber auch unsere Verantwortung für Gesamtdeutschland, denn die Bundesrepublik ist immer nur Teildeutschland. Das sollte nie vergessen werden.